

Zeitschrift der Offiziersgesellschaft Wien

№ 287
Dezember
2019



unser Auftrag

Schicksalswochen für unser Heer

Totengräber des Bundesheeres
gefährden Sicherheit Österreichs

Europäische Verteidigungspolitik
Frankreich und Deutschland gehen voran

Klimawandel als Konfliktursache?
Das Beispiel Syrien

Kriegsbeginn vor 80 Jahren
Der deutsche Überfall auf Polen

Die kritische Instanz in Sachen Sicherheit.



Dr. Bernhard Egger, Olt

UNSER AUFTRAG 4/2019 ist die letzte Ausgabe dieses ereignisreichen Jahres, verbunden mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen für die Mitglieder und Freunde der Offiziersgesellschaft Wien.

In der vorliegenden Ausgabe berichten wir über die Vollversammlung der österreichischen Offiziersgesellschaft am 23. November in St. Pölten, an der sowohl der Herr Bundesminister als auch der Chef des

dazu. Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit Neuigkeiten im Bereich der europäischen Verteidigungspolitik, die durch den Brexit an Fahrt aufgenommen hat. Insbesondere gehen hier Frankreich und Deutschland voran, und machen damit deutlich, dass es Sicherheit in Europa nicht zum Nulltarif geben kann und dass gerade die Stärkung der gemeinsamen EU-Außen- und Verteidigungspolitik angesichts der geostrategischen Umorientierung der USA dringend notwendig ist.

Frau Fähnrich Tinja Zerzer berichtet über die Hauptthesen ihrer kritischen Masterarbeit zum Klimawandel als Ursache von Konflikten unter besonderer Berücksichtigung des Konflikts in Syrien. Major Walter Tancsits berichtet schließlich über einen interessanten Vortrag von Dr. Felix Schneider von der LVak über den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren.

Entscheidende Wochen über das endgültige Schicksal des Bundesheeres

Generalstabes teilgenommen haben und in deren Rahmen unser OG-Wien-Mitglied Erich Cibulka wiederholt und wohlverdient zum Präsidenten gewählt wurde. Die OG-Wien gratuliert herzlich! Bundesminister Starlinger hat im Rahmen der ÖOG-Vollversammlung sehr deutliche Worte gefunden, die auch medial Niederschlag gefunden haben. Dieser Mann ist ein Segen für das Bundesheer, auch wenn zu erwarten ist, dass ein so unabhängiger Kopf wohl nicht der nächsten Bundesregierung angehören wird. Gerade angesichts der laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen ist es wichtig, dass alle sicherheitspolitisch versierten Akteure den handelnden Personen ins Gewissen reden, damit das Bundesheer - auch entsprechend unseren europäischen Verpflichtungen gegenüber unseren EU-Partnern - nicht zum technischen Hilfswerk verkommt.

Weiters berichten wir in dieser Ausgabe über einen interessanten Vortrag von unserem Mitglied und ehemaligen ÖVP-Nationalratsabgeordneten Hptm Georg Vetter zum Eurofighter und der 2017 gegen EADS eingebrachten Strafanzeige sowie über interessante Hintergründe

In der Dezemberausgabe wollen wir immer auch auf geschenkgeeignete Bücher aufmerksam machen. So etwa das Buch von Georg Vetter (passend zum Vortrag) zur Eurofighter-Strafanzeige von Bundesminister Doskozil 2017.

Die Kolumne „Wussten Sie, dass ...“ unseres Altpräsidenten Oberst Birkmayer sowie der Bericht des Militärkommandos Wien zum Nationalfeiertag runden den Inhalt der vorliegenden Ausgabe ab. Beachtlich war und ist das Interesse und die offensichtliche Zustimmung des Publikums am 26. Oktober zum Bundesheer; und wie wenig sich die in Budgetzahlen gegossene Wehrpolitik dieses umzusetzen getraut.

Das Jahresende wollen wir auch dieses Jahr wieder im Kameradenkreis bei unserer Weihnachtsfeier am 17. Dezember im Kasino am Schwarzenbergplatz ausklingen lassen, zu der alle Mitglieder herzlich eingeladen sind. Darüber hinaus darf ich Ihnen neben unserem Neujahrsempfang am 16. Jänner 2020 im HGM vor allem den diesjährigen Tag der Wehrpflicht am 20. Jänner 2020 im Haus der Industrie in Wien ans Herz legen.

Brief des Präsidenten

Der Advent wird uns in knapp zwei Wochen zum Weihnachtsfest führen. Ich wünsche Euch allen, dass dies eine schöne und ruhige Zeit für Euch ist und dass Ihr mit Freude und Zufriedenheit auf ein gutes und gesundes Altes Jahr 2019 zurückblickt.

Der Dezember wird uns möglicherweise eine neue Bundesregierung bescheren. Mit Spannung verfolgen wir die Berichterstattung rund um die einschlägigen Verhandlungen. Für unser Österreichisches Bundesheer steht viel auf dem Spiel – unser Herr Bundesminister (heuer hatten wir sogar drei) wie auch der Chef des Generalstabes haben klar und deutlich den Zustand unserer Streitkräfte in personeller wie auch materieller Sicht dargestellt. Das Ergebnis kannten wir bereits, haben wir doch schon vor zwei Jahren ein unmissverständliches Positionspapier im Rahmen unserer Vereinigung wie auch der Österreichischen Offiziersgesellschaft verabschiedet.

Höhepunkt des Herbstes waren für die OG Wien einerseits – wie jedes Jahr – die Feierlichkeiten zum



Dr. Udo Birkner, ObstdIntD

Der Ausblick ins neue Jahr zeigt einen Jänner, der schöner und ereignisreicher für unsere Vereinigung nicht sein kann. Ich hoffe, Euch alle am Neujahrsempfang am 16.01.2020 in der Ruhmeshalle des HGM wiederzusehen. Der ChdGS Gen Mag. Robert Brieger wird uns nicht nur durch seine Anwesenheit auszeichnen, sondern hat auch die heurige Festan-

Kameradschaftliche Zusammenarbeit – starker Beitrag zur Einheit des Offizierscorps

Staatsfeiertag (die erneut mit einer Messfeier begannen und beim Nachbrenner im Kasino im Kameradenkreis endeten), andererseits die Delegiertenversammlung 2019 der Österreichischen Offiziersgesellschaft im November in St. Pölten. Der Wahlvorschlag unseres Kameraden Bgdr Mag. Erich Cibulka war nicht nur der einzige Wahlvorschlag, sondern wurde auch einstimmig (!) von der Delegiertenversammlung angenommen. Ich denke, dies ist ein erfreuliches Zeichen kameradschaftlicher Zusammenarbeit und ein gelebter, starker Beitrag der OG Wien zu unserem Ziel der „Einheit des Offizierscorps“. Wir stellten bei dieser Delegiertenversammlung die mit Abstand stärkste Delegation. Dem neuen Vorstand unter Erichs Führung wünschen wir das Allerbeste!

sprache übernommen. Natürlich lade ich Euch alle herzlich zum Nachbrenner ein, der ab 2100 Uhr im Kasino stattfinden wird. Viele werde ich sodann am Freitag am Ball der Offiziere in der Hofburg treffen. Nach verdienter Wochenendruhe folgt mit dem Tag der Wehrpflicht am 20.01.2020 schon der nächste Pflichttermin!

Euch allen einen ruhigen, besinnlichen und auch kameradschaftlichen Advent – kommt zahlreich zu unseren Vorträgen ebenso wie zur vorweihnachtlichen Feier! Weihnachten ist für jeden von uns eine besondere Zeit. Möge 2019 im Kreise Eurer Kameraden, Freunde und Familienangehörigen für Euch ein friedvolles und schönes Ende nehmen.

„Ohne Kameraden – keine Kameradschaft“. Unser Mitgliederstand ist von sehr großer Bedeutung – per 1. Dezember 2019 lag er bei 1.172!



*Bundesminister Thomas Starlinger,
ÖOG-Präsident Erich Cibulka: 100
Prozent Zustimmung für die Aussagen des
Ministers, 100 Prozent Zustimmung der
Delegierten bei der Wiederwahl Cibulkas*

BM Starlinger bei der Vollversammlung der ÖOG

In den nächsten Wochen wird über das endgültige Schicksal des Bundesheeres entschieden!

Von Walter Tancsits, MjrdhmfD aD

Bei der Delegiertenversammlung der österreichischen Offiziersgesellschaft am 23. November 2019 in St. Pölten, in deren Rahmen unser Wiener ÖG-Mitglied Brigadier Cibulka als Präsident wiedergewählt wurde, wurden die Grußworte des amtierenden Bundesministers für Landesverteidigung mit diesen dramatischen Worten eingeleitet! Die Redaktion von UNSER AUFTRAG hatte eigentlich vor, einen Beitrag über diese Delegiertenversammlung zu bringen mit dem Schwergewicht auf den Status Quo – Bericht des Generalstabchefs. Dieser soll hier nicht unter den Tisch fallen; aber er ist bekannt und fußt auf dem Appell des Generalstabs vom März diesen Jahres. Eine seriöse Darlegung der Situation, Bedrohungsanalyse eingeschlossen, Maßnahmenkatalog und vor allem der Hinweis auf die Folgen des langjährigen Nichtersetzens auslaufender Systeme. Die Offiziersgesellschaft hat diesen Appell unterstützt und als Bestätigung ihres Forderungskatalogs (Positionspapier 2017: Ein Prozent vom BIP für das Bundesheer und Wiedereinführung von verpflichtenden Truppenübungen 6 plus 2) betrachtet. Üblicherweise wäre dann ein Abschwächen durch

die Politik erfolgt. Also nicht gleich, sondern da hätte man alles Mögliche versprochen, einige Schritte eingeleitet und gehofft, dass bei der nächsten Budgeterstellung die Sache in Vergessenheit geraten wäre. Unterstützt wurden die „Abschaffer durch die Hintertür“ dabei immer von Leuten, durchaus auch aus dem Bundesheer, die sich dann mit zusätzlichen Einsparungsvorschlägen den Politikern andienen wollten oder mit Aussagen wie „zu viel Geld für das falsche System“ etc. überlebenswichtige Anschaffungen verhinderten. Den meisten Politikern war so etwas durchaus recht: Immerhin kostet so eine Diskussion über richtige Formulierungen und Interpretationen wesentlich weniger als neue Schutzausrüstungen, Fahrzeuge und Waffen.

Schonungsloser Zustandsbericht

Dann kam das Platzen der Regierung im Mai und das Einsetzen einer Beamten- und Expertenregierung mit der Ernennung von Generalmajor Mag. Thomas Starlinger zum Bundesminister für Landesverteidigung. Das war ein Segen für das Bundesheer. Das erste Mal in meiner Erinnerung – und ich verfolge seit meinem

Einrückten 1971 mit Interesse die Wehrpolitik des Landes - verstand sich ein Verteidigungsminister als Sprecher seines Ressorts zwecks Erfüllung der zugeordneten verfassungs- und gesetzmäßigen Aufgaben – und nicht als „Beschwichtiger“ und „es funktioniert eh alles“ - Märchenerzähler. Er beauftragte einen schonungslosen Zustandsbericht und leitete daraus einen Maßnahmenkatalog ab, der bis 2030 ein Anheben des Wehrbudgets vorsieht und die Einleitung von Beschaffungsvorgängen. Und im Gegensatz zu allen bisherigen ähnlichen politischen Vorgängen, spricht Starlinger klar über die Folgen einer Nichtumsetzung! Das kommt gerade richtig zu den laufenden Koalitionsverhandlungen, dadurch werden den Politikern klar die Folgen ihres Versagens aufgezeigt. So wie überhaupt das ehrliche, ambitionierte und offene Vorgehen in der Sache den Interimsverteidigungsminister wohlthuend von den parteiabhängigen Berufspolitikern unterscheidet. Meiner Meinung nach würde es dem Ansehen der Politik in diesem Land guttun, gäbe es mehr solche Persönlichkeiten als Verantwortungsträger.

Sicherheit Österreichs gefährdet

Nun die klaren Aussagen, die eigentlich keines weiteren Kommentars bedürfen:

„In den nächsten Wochen wird über das endgültige Schicksal des Bundesheeres entschieden! Der derzeitige desaströse Zustand ist auf den jahrzehntelangen Geld-

mangel und das System „6 plus 0“ zurückzuführen. Daher sind heute weder präsenze noch Milizverbände einsatzbereit. Dieser desaströse Zustand ist in der Politik nicht angekommen! So hört man heute (Anm. d. Red.: Starlinger meint offenbar aus den Koalitionsge- sprächen) von den Totengräbern des Bundesheeres, dass weniger Geld auch reicht und 6 plus 2 kein Thema mehr sei. Diese Totengräber des Bundesheeres gefährden die Sicherheit Österreichs, das Leben der Soldaten und vernichten österreichische Arbeitsplätze.

Die geforderten und notwendigen Gegenmaßnahmen erfordern den an sich lächerlichen Betrag von 0,038 Prozent vom BIP jährliche Erhöhung über die nächsten zehn Jahre.“

Sollte dies nicht geschehen, wird dies zu dramatischen Konsequenzen führen:

- Es können nur mehr die Hälfte der Rekruten ausgebildet werden.
- Die Mob-Stärke wird um 20.000 Soldaten gesenkt.
- Viele Kasernen werden gesperrt
- Die Verfügbarkeit für die Katastrophenhilfe wird reduziert.
- Für der Auslandseinsatz stehen nur mehr maximal 600 Soldaten für ein einziges Einsatzgebiet zur Verfügung
- Die europäische Verteidigungskooperation muss verlassen werden



iv

www.iv.at
f y t i



Förtschrittlich
Industrie 4.0 – wir bringen Österreich weiter.



BM Starlinger: Desaströser Zustand des Bundesheeres ist in der Politik nicht angekommen!

Zum letzten Punkt erwähnt BM Starlinger, dass die Schweiz und Finnland jeweils zusätzlich rund zwei Milliarden jährlich mehr in ihre Armeen investieren. „Wenn also die Rettung des Bundesheeres von der nächsten Bundesregierung nicht eingeleitet wird, sollte der politische Wille aber auch klar zum Ausdruck kommen.“

Dies, so BM Starlinger, könne so geschehen, dass der Artikel 79 aus der Bundesverfassung gestrichen wird! Weiters würde er in einem solchen Fall vorschlagen, das Bundesheer in „Technisches Hilfswerk“ umzubenennen.

Dieser letzte Gedanke der Ausführungen vor der Delegiertenversammlung der ÖOG unterstreicht wohl die Dramatik der Situation; nämlich, dass die Einleitung des (nicht nur) finanziellen Sanierungsprozesses tatsächlich über die Zukunft der österreichischen Landesverteidigung entscheidet. Es beinhaltet meiner Meinung nach aber auch noch eine andere Botschaft: Ein weiteres Verfallen-lassen des Bundesheeres ist verfassungswidrig und benötigt eigentlich eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat.



6 plus 2 kein Thema. Die Totengräber des Bundesheeres gefährden die Sicherheit Österreichs

Neues aus dem MilKdo Wien

Zusammengestellt von Gerhard Skalvy, Obst

Nach einem Ersuchen durch den Verein „Rettet den jüdischen Friedhof Währing“ unterstützt das Österreichische Bundesheer die Instandsetzung des sanierungsbedürftigen jüdischen Friedhofs in Wien-Währing.



Wiener Pionier- und Garde-Soldaten helfen mit Schneide- und Rodungsarbeiten. Sie entfernen Wildwuchs, machen Wege wieder begehbar und richten umgefallene Grabsteine auf. Die Arbeiten erfolgen in Abstimmung mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.



Am Ende der 1950er-Jahre haben sich im Ausland lebende Schweizer zu „Schweizerischen Schützengesellschaften“ organisiert, um der in der Schweiz gesetzlich vorgeschriebenen Schießübungsverpflichtung auf freiwilliger Basis nachzukommen. Die Schweizerische Schützengesellschaft Wien wurde am 10. März 1959 gegründet und feiert dieses Jahr ihr 60-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass fand am Freitag ein Vergleichsschießen mit Soldaten des Militärkommandos Wien statt



Im Rahmen der militärischen Allerseelenfeier der Garnison legte General Brieger einen Kranz zum Gedenken von im Dienst verstorbenen Angehörigen des Bundesheeres nieder. Das neu gestaltete Ehrenmal des Österreichischen Bundesheeres ist seinen Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbediensteten gewidmet, die sich für Demokratie, Frieden, Sicherheit und Menschenrechte eingesetzt und in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben gelassen haben.



Im Zuge eines bilateralen Aufenthaltes besuchte eine Abordnung der Schweizer Regierungskonferenz für Militär, Zivilschutz und Feuerwehr die Bundeshauptstadt. Neben dem Bundesministerium für Inneres, der Stadt Wien und der Wiener Berufsfeuerwehr wies Bgdr Wagner Staatsrat Gobbi in Aufgaben und Struktur des Militärkommandos Wien, insbesondere jedoch in die Zivil-militärische Zusammenarbeit in Wien ein.

Am 26. Oktober feierte das Österreichische Bundesheer mit der traditionellen Angelobung, der Informations- und Leistungsschau, Kranzniederlegungen



durch den Bundespräsidenten und der Bundesregierung den Nationalfeiertag. Vorgestaffelt konnten sich Schülerinnen und Schüler am Tag der Schulen über das Bundesheer informieren.

Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen war die Leistungsschau auf den Heldenplatz beschränkt. Nichtsdestotrotz konnte das Militärkommando Wien 750 000 Besucher begrüßen.





Eurofighter 2017 – die Täuschung der Republik

Im Juni 2019 hielt der ehemalige Abgeordnete zum Nationalrat, Rechtsanwalt und Mitglied der OG Wien, Hptm Dr. Georg Vetter, einen hochinteressanten Vortrag zur Eurofighter-Affäre.

Von Bernhard Egger, Olt

Im Speziellen referierte Vetter zur im Februar 2017 vom damaligen Verteidigungsminister Doskozil eingebrachten Strafanzeige gegen Airbus, im konkreten die Airbus Defence and Space GmbH (vormals EADS Deutschland GmbH). Vetter war von der ÖVP für den ersten Eurofighter-Untersuchungsausschuss ursprünglich nominiert worden. Nachdem sein Buch dazu („Eurofighter 2017 – Die Täuschung der Republik“) erschienen war, wurde er von der ÖVP aus dem Ausschuss abgezogen.

Mit der Strafanzeige gegen Airbus durch die Republik wird der Vorwurf des Betrugs releviert. Vorausgegangen war dem eine vom damaligen Bundesminister Darabos eingesetzte Task Force. Durch Bundesminister Doskozil hat die Sache dann an Dynamik gewonnen. Zeitgleich mit der Strafanzeige gegen Airbus wurde der Bericht der Task Force Eurofighter im Februar 2017 veröffentlicht. Die Anzeige gegen Airbus wurde von allen Parteien im Nationalen Sicherheitsrat unterstützt. Politisch hat sich da keine Partei getraut, dagegen aufzutreten.

Der Vorwurf in der Anzeige lautet interessanterweise nicht auf Korruption, sondern Betrug. Nach all den Untersuchungen und medialen Vorverurteilungen im Zusammenhang mit der Beschaffung der Eurofighter ist anzumerken, dass zumindest gerichtlich dazu keinerlei Korruption/Bestechung/Schmiergelder festgestellt wurden. Auch der Vortragende wunderte sich, dass bei der ganzen Eurofighter-Beschaffung strafrechtlich nichts herausgekommen ist, stellte aber gleichzeitig die Frage, ob man das als Staat nicht dann auch irgendwann einmal akzeptieren müsste. Mittlerweile gebe es den dritten Eurofighter-Untersuchungsausschuss.

Strafanzeige juristisch auf tönernen Füßen

Vetter ging in seinem Vortrag dann auch auf die Details der Strafanzeige ein und legte dar, dass die Strafanzeige juristisch auf sehr tönernen Füßen steht und vielmehr als Druckmittel gegen Airbus verwendet wurde, um diese finanziell zu einem Einlenken zu bewegen. In der Anzeige wirft die Republik Österreich Airbus vor, dass das Unternehmen einerseits 2002/2003 gar nicht in der Lage gewesen wäre, Flugzeuge der Tranche 2 in vereinbarter

Form zu liefern und andererseits 183 Millionen Euro Vertragsanbahnungskosten (für Gegengeschäfte) nicht im Kaufpreis ausgewiesen gewesen waren. Hptm Vetter stellte die rhetorische Frage, worin eigentlich der Betrug liegen soll, wenn 2007 ohnedies der Eurofighter geliefert wurde. Nachdem Bundesminister Darabos das Amt des Verteidigungsministers übernommen hatte, wurde ohnedies nachverhandelt. Damals wurde von 18 Flugzeugen auf 15 reduziert inkl. weniger Ausstattung. Damals hat die Republik nicht mehr auf Tranche 2 bestanden, sondern sich mit Tranche 1-Flugzeugen zufrieden gegeben (die weit weniger an Fähigkeiten haben). In dem von Darabos 2007 abgeschlossenen Vertrag wurde zudem auf alle zivilrechtlichen Einwendungen (z.B. Irrtum) verzichtet.

Interessant erscheint auch, dass die Strafanzeige gegen Airbus auf dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz beruht, das eine strafrechtliche Verfolgung von juristischen Personen ermöglicht, jedoch erst seit 2006 in Geltung ist. Der hier relevierte Sachverhalt wurde jedoch vor 2006 verwirklicht. Laut der Europäischen Menschenrechtskonvention ist jedoch eine rückwirkende Anwendung von Strafrecht nicht zulässig. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, hat sich die Staatsanwaltschaft eines Tricks bedient. Vorgeworfen wird Airbus das Dauerdelikt des Betrugs, das bis 2007 gereicht haben soll. Eurofighter hätte demnach über den Betrug aufklären müssen. Besonders interessant waren die Ausführungen von Dr. Vetter zur Ansicht der Oberstaatsanwaltschaft Wien und des Justizministeriums (BMVRDJ), wonach man das Verfahren gegen Airbus einstellen müsse, weil juristisch an den Vorwürfen nichts dran sei. Jedoch möchte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) das Verfahren weiterführen. Dieser Konflikt zwischen WKStA und BMVRDJ wurde auch medial ausgetragen.

Strafanzeige gegen Airbus aus politischen Gründen?

Fraglich ist, ob die Strafanzeige gegen Airbus nicht eher aus politischen Gründen eingebracht wurde von einem Politiker, der sich für die Nachfolge als Landeshauptmann im Burgenland in Stellung bringen wollte, un-

geachtet der Kosten und des Reputationsschadens, der dadurch für die Republik entsteht bzw. entstehen wird, weil wir mit dieser juristischen Vorgehensweise ziemlich wahrscheinlich „Schiffbruch“ erleiden werden. 3,4 Millionen Euro hat die juristische und mediale Aufarbeitung der Eurofighter-Anzeige bis dato gekostet (gemäß einer parlamentarischen Anfrage von NEOS). Es hat auch einen schalen Beigeschmack, dass eine US-Rechtsanwaltskanzlei von der Republik mandatiert wurde, die auch US-Konkurrenten von Airbus, die Triebwerke für die F 16 herstellen (General Electric), vertritt. Mit dem laufenden Strafverfahren sind zudem negative Effekte für Airbus bei der Teilnahme an US-Ausschreibungen verbunden. Einerseits will man als EU eine starke europäische Rüstungsindustrie, die der US-amerikanischen Paroli bieten kann, andererseits macht man diesen Unternehmen mit an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfen das Leben schwer. Die Vorgehensweise von Österreich stößt daher bei unseren europäischen Partnern auf Unverständnis.

Strategisch guter Ansatz von Politik zerstört

Besonders pikant ist, dass sich Airbus dem „Erpressungsversuch“ Österreichs nicht gebeugt hat. Die Tak-

tik von BM Doskozil ist also nicht aufgegangen. Airbus hat bis dato keinerlei Vergleichsgespräche angeboten. Die Schadensberechnung in der Anzeige in Höhe von 1,1 Milliarden Euro hielt der Vortragende im Übrigen für utopisch, insbesondere, weil Österreich ja in jedem Fall Kampfflugzeuge angeschafft hätte und somit der angebliche finanzielle Schaden deutlich geringer sein müsste.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Eurofighter-Beschaffung ein gutes Beispiel ist, wie ein strategisch guter Ansatz von der Politik zerstört wurde. Ursprünglich waren 24 Flugzeuge geplant, damit man sich mit 4 international kompatiblen Flugzeugen auch an Auslandseinsätzen beteiligen kann (wie zum Beispiel Belgien, das sich am Balkan mit 4 Flugzeugen beteiligt hatte). Nach dem Hochwasser von 2002 wurde die Stückzahl auf 18 Flugzeuge reduziert, damit wurde die Idee der 4 Flugzeuge für internationale Einsätze gekillt. Schließlich wurde dann 2007 durch die Nachverhandlungen mit EADS durch Minister Darabos die Stückzahl auf 15 Flugzeuge reduziert, deren Einsatztauglichkeit durch die Neuverhandlungen darüber hinaus entscheidend reduziert wurde.



WIENER
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

**FROHE
WEIHNACHTEN**

und ein erfolgreiches
Jahr 2020

Wussten Sie, dass ...

Zusammengestellt von Peter C. Birkmayer, Obst

...nach norwegischen Angaben **Russland** das seit dem Ende des kalten Krieges größte **U-Boot-Ma-**



nöwer im Nordatlantik begonnen hat. Nach Geheimdienstinformationen sollen an der bis Ende des Jahres laufenden Übung mindestens ein Dutzend – darunter acht atomgetriebene – teilnehmen, die im Regelfall an der russischen Halbinsel Kola stationiert seien. Von NATO- Staaten aus der Luft überwacht machen russische Schiffe auch im Europäischen Nordmeer und in der Barentssee mehr als sonst auf sich aufmerksam.

Übungsziel der russischen U-Boote sei es, so tief wie möglich zu tauchen und dabei bis vor die amerikanische Küste vorzustoßen.

... US-Präsident Donald Trump laut dem „The Wall Street Journal“ ein Dekret bezüglich des **Ausstiegs der USA** aus dem 1992 in Helsinki geschlossenen Vertrag über den offenen Himmel („**Open Skies**“) unterzeichnet haben soll. Ziel des seinerzeitigen Vertrages – unterschrieben von 34 Staaten – sei es sich gegenseitig zu gestatten ihr Territorium auf festgelegten Routen zu überfliegen. Internationale Gespräche seien aber noch im Laufen.



... es in **Schweden** die Firma Biohax gibt, die von ihr erzeugte **Mikrochips** Personen **unter die Haut** spritzt, was nichts anderes als eine Art Personalausweis sein soll. Mitarbeiter



von Unternehmen könnten damit ohne Probleme die Büros betreten und verlassen und damit auch in der Kantine bezahlen. Ein Pilotprojekt der schwedischen Eisenbahn, bei dem rund 2500 Chipträger diesen auch als Fahrausweis nutzen konnten, wurde jedoch nach zwei Jahren wieder eingestellt mit der Begründung, dass „die Technik nicht reibungslos funktioniere.“

... die Volksrepublik **China** mit Hochdruck ein **neues schiffgesteuertes Radarsystem** entwickelt, mit dem eine Fläche von der Größe Indiens vollständig überwacht werden kann. Derartige „Over-The-Horizont- Radarsysteme“ wurden zwar schon während des Kalten Krieges von den USA und der Sowjetunion grundsätzlich entwickelt, aber ihr Energiebedarf war enorm hoch

und sie konnten auch nur auf ebenem Gelände fest installiert werden. Das neue chinesische System soll diese Schwachstellen nicht mehr aufweisen.



... die **EU** in Verhandlungen mit der **Arabischen Liga** in einer Erklärung Bezug nehmen wollte auf den umstrittenen UNO-Migrationspakt? Ungarn hat dies im Rat verhindert.



... sich über die **Gasversorgung Europas** derzeit einige graue Wolken zusammenbrauen. Es geht um russisches Erdgas, das zu einem erheblichen Teil noch über ukrainisches Territorium



transportiert und das allein in Deutschland etwa 40 % des Gasbedarfs deckt. Europaweit würden das 6% betragen. Die Gasdurchleitung über die Ukraine basiert auf einem im Jahr 2009 geschlossenen Transitabkommen, das nun zum 31.12.2019 auslaufen soll.

Die jetzt anstehenden Verlängerungsverhandlungen dürften überaus zäh verlaufen, weil die Russen nur eine Verlängerung von einem Jahr vorsehen und die Ukraine auf 10 Jahre Vertragsverlängerung bestehen. Man fürchtet in Kiew die durch die neue Pipeline „North Stream 2“ aufkommende Konkurrenz. In Europa wird man gut tun die Gasreserven soweit wie möglich auszubauen.



Neues von der europäischen Verteidigungspolitik

Frankreich und Deutschland gehen voran und entwickeln ein Eurofighter-Nachfolgemodell sowie einen neuen Kampfpanzer.

Von Bernhard Egger, Olt.

Während sich Österreichs Politiker größtenteils im Totschweigen der bestehenden Probleme des Bundesheeres üben und bei Themen rund um die europäische Verteidigungspolitik prinzipiell einmal auf Tauchstation gehen, gibt es auf europäischer Ebene interessante Entwicklungen, die auch durch das (trotzdem bedauerliche) Ausscheiden der Briten aus der Union an Fahrt gewinnen. Mitte Juni haben die Verteidigungsministerinnen von Deutschland, Frankreich und Spanien im Beisein von Präsident Macron in Paris ein Rahmenabkommen und eine Machbarkeitsstudie über ein gemeinsames Kampfflugzeug als Nachfolger des Eurofighter unterschrieben. Anders als beim Eurofighter geht es nicht nur um einen Jet, sondern auch um Schwärme unbemannter Begleitflieger (Remote Carrier), Überwachungs- und Kommandoflugzeuge, Satelliten und Bodenstationen. Dieses Luftkampfsystem der Zukunft (Future Combat Air System – FCAS) soll ab 2040 zumindest in Deutschland den Eurofighter und in Frankreich die Rafale ersetzen. Parallel dazu soll auch ein moderner Kampfpanzer in Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich entwickelt werden. Während Frankreich die Führung bei der Entwicklung des FCAS übernimmt, ist Deutschland bei der Panzerentwicklung im Lead.

Technologisch grundlegend neue Waffensysteme für Heer und Luftwaffe

Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland geht auf einen Grundsatzbeschluss von

Angela Merkel und Emmanuel Macron von 2017 zurück, worin vereinbart wurde, dass beide Länder technologisch grundlegend neue Waffensysteme für Heer und Luftwaffe entwickeln und später weitere europäische Staaten einbeziehen. Im Zuge der Entwicklung des gemeinsamen Radpanzers könnte es auch zu einer Konsolidierung bei den Rüstungsunternehmen Rheinmetall und Krauss Maffei kommen. Beide Unternehmen produzieren auch den Radpanzer Boxer, wo kürzlich Großbritannien (trotz Brexit) 500 Stück bestellt hat. Trotzdem: der Markt für europäische Rüstungsgüter ist derzeit noch zu klein, um Rüstungsgüter rein für diesen Markt zu produzieren, weil viele europäische Armeen nach wie vor bei amerikanischen Anbietern einkaufen. Daher muss man langfristig die Rüstungsexportvorschriften in nichteuropäische Staaten lockern, weil sonst Frankreich als weltweit fünftgrößter Rüstungsexporteur kaum ein Interesse an vermehrter französisch-deutscher Co-Produktion haben wird, weil diese Güter aufgrund der deutschen Bestandteile dann vergeblich auf eine Rüstungsexportbewilligung aus Berlin warten müssen. Ohne eine schlagkräftige, europäische Rüstungsindustrie wird es aber bei einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU langfristig nicht die gewünschten Fortschritte geben. Die an FCAS beteiligten Unternehmen haben bereits zum Ausdruck gebracht, dass dieses Projekt ohne ausreichende Exportmöglichkeit mitunter schwer zu finanzieren sein wird.

Bewegung in gemeinsamer Verteidigungspolitik

Seit dem Großbritannien die Absicht zum EU-Austritt erklärt hat, kommt bei der gemeinsamen Verteidigungspolitik auf EU-Ebene erfreulicherweise einiges in Bewegung. Bereits im Dezember 2017 wurde von allen Mitgliedstaaten (außer Dänemark und Malta) die sogenannte „ständige strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) ins Leben gerufen. PESCO soll unter anderem die Interoperabilität zwischen EU-Mitgliedsstaaten im Verteidigungsbereich verstärken, Einsätze der EU optimieren, die nationalen Armeestrukturen synchronisieren und gemeinsame Rüstungsprojekte umsetzen. Österreich ist an acht von 47 PESCO-Projekten beteiligt. Als zweite Säule der Verteidigungsunion soll ein Fonds mit 13 Milliarden Euro Rüstungsprojekte finanzieren. Diese Schritte sind notwendig und wesentlich realistischer als eine gemeinsame EU-Armee zu fordern, die auf absehbare Zeit ohnehin nicht kommen wird (auch wenn der Gedanke an sich langfristig begrüßenswert ist). Oft wird die Notwendigkeit einer EU-Armee von denjenigen ins Treffen geführt, die generell wenig Geld für das Militär ausgeben wollen und unter dem Deckmantel einer EU-Armee am liebsten weiterhin der österreichischen Trittbrettfahrermentalität frönen wollen. Dort, wo man ansetzen muss, ist ein Streamlining bei der Beschaffung. Die Europäer bestellen eine absurd hohe Zahl unterschiedlicher Waffensysteme in kleinsten Stückzahlen. Das macht die Beschaffung teuer und die Zusammenarbeit schwierig. Während die USA insgesamt mit 30 Waffensystemen auskommen, sind es in Europa 178. Während die USA 4 unterschiedliche Typen an Fregatten und Zerstörern haben, sind es bei den Europäern 29. Während die USA mit 6 verschiedenen Typen an Kampfflugzeugen auskommen, sind es in Europa 25.

Ruf nach steigenden Verteidigungsbudgets in EU

Einer, der die Diskussion auf EU-Ebene dankenswerterweise vorantreibt, ist der französische Präsident Macron. Sein Sager über den angeblichen „Hirntod“ der NATO mag undiplomatisch gewesen sein, aber im Kern hat er Recht. Die USA wenden sich verteidigungspolitisch immer mehr von Europa ab, was auch unter einem demokratischen Präsidenten zum Teil der Fall gewesen wäre, weil Europa im geostrategischen Denken der USA eben nicht mehr den Stellenwert hat, wie dies im Kalten Krieg der Fall war. Daher müssen die EU-Mitgliedstaaten selbständig ihre Verteidigungsfähigkeit vorantreiben und hier muss man den großen Staaten wie Frankreich und Deutschland we-



sentlich mehr Verantwortungsbewusstsein assistieren, als kleineren Staaten; von Österreich ganz zu schweigen. Von einem französischen Präsidenten ist man ja an sich gewohnt, dass dieser geopolitisch vorausdenkt und keine Berührungängste mit dem Militär hat. Positiv ist, dass sich in der politischen Debatte auch in Deutschland mittlerweile einiges tut. So setzt die CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin Anngret Kramp-Karrenbauer durchaus klare Akzente. So hat sie sich deutlich für die rasche Erreichung der 2% BIP-Zielmarke beim deutschen Verteidigungsbudget ausgesprochen (im Gegensatz zur übrigen Bundesregierung) und auch deutlich die Zurückhaltung und Trittbrettfahrermentalität so mancher deutscher Politiker kritisiert. Sie hat sich auch deutlich für eine Stärkung des europäischen Arms innerhalb der NATO ausgesprochen. Interessant ist auch, dass selbst die Grünen in Deutschland (im Lichte einer nicht unwahrscheinlichen Regierungsbeteiligung in Zukunft) auf ihrem kürzlich abgehaltenen Parteitag sich dafür ausgesprochen haben, dass die EU mehr für ihre eigene Verteidigung machen müsse, nachdem sich die USA immer mehr zurückziehen. Im Vergleich zu den Äußerungen von Werner Kogler im September 2019 („Aufgabenreduktion des Bundesheeres auf Katastrophen- und internationale Friedenseinsätze; keine Erhöhung des Wehrbudgets“) stellt sich hier bei den deutschen Grünen ein positiver Realismus ein, wobei mit Joschka Fischer und seinem überzeugten Eintreten für das deutsche Engagement im Kosovo schon vor Jahren eine gewisse Vorarbeit geleistet wurde. Mittlerweile gibt es auf EU-Ebene auch Forderungen, wonach sich die Mitgliedstaaten allgemein zu steigenden Verteidigungsbudgets verpflichten sollten, wie dies unverbindlich an sich schon im Rahmen von PESCO der Fall ist. Es bleibt zu hoffen, dass die europäische Entwicklung in diesem Bereich die österreichische Politik zurück auf den Boden der Realität und damit auch auf den Boden der österreichischen Bundesverfassung (=umfassende Landesverteidigung) holt.



Klimawandel als Konfliktursache?

Klimawandel wird gerne als Konfliktverursacher gesehen. Doch wie nützlich ist diese Sichtweise wirklich? Das Beispiel Syrien.

Von Tinja Zerzer, Fhr

Klimawandel als vermeintliche Konfliktursache ist in aller Munde. Sowohl die Publikation „Unser Heer 2030“ als auch „Effektive Landesverteidigung – ein Appell“ nennen Klimawandel einen wahrscheinlichen Negativfaktor für Österreichs Sicherheit. Selbst die Ausgabe 03/19 von „Militär Aktuell“ titelt „Kriegsgrund Klimawandel“. Als Gefahr werden einerseits zunehmende Naturkatastrophen gesehen. Andererseits werden vermehrte Konflikte durch langanhaltende Trends wie Wasserverknappung befürchtet. Letzterem liegt die Annahme zugrunde, dass eine Verknappung von Ressourcen zwangsweise zu Kämpfen über die Nutzung dieser Ressourcen führt.

Die Defizite der Hypothese

Diese Betrachtungsweise birgt einige Probleme. Einerseits gibt es keinen eindeutigen wissenschaftlichen Nachweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Konflikt – so gibt es auch Fälle, in denen drastische Klimaveränderungen zu

mehr Kooperation führten. Andererseits eröffnet die Hypothese keine Handlungsmöglichkeiten. Wenn Ressourcenknappheit zwangsweise zu Konflikten führt, was bleibt dann an Optionen für Konfliktprävention und Konfliktlösung?

Und drittens gibt es eine Konkurrenz-Hypothese: dass Ressourcenreichtum zu Konflikt führt („Ressourcenfluch“).

Wie diese Defizite umgangen werden können

Die Theorie, dass Klimawandel durch Ressourcenverknappung zu Konflikten führt, ist übermäßig vereinfacht. Ressourcen sind auch Träger gesellschaftlicher Machtungleichgewichte. Wichtig ist nicht nur, wie viel von einer Ressource absolut vorhanden ist, sondern auch, wem sie in welchem Ausmaß zugänglich sind. In diesem Sinne streiten Menschen über die Ressourcenverteilung, sei es über den Zugang zu knapper werdendem Wasser – oder zu neu erschlossenen Quellen, wie beispielsweise in der Arktis. Eine sozio-öko-



nomische Analyse kann hervorbringen, wer welche Interessen und welche Mittel zur Durchsetzung dieser Interessen hat. So kann Ressourcenzugang und -nutzung Aufschluss über Konfliktursachen geben.

Das Beispiel Syrien

Syrien ist ein häufig genanntes Beispiel, wenn es darum geht zu beweisen, dass Klimawandel zu Konflikt führt. Eine Dürreperiode in den Jahren 2006-2009 wird als einer der Auslöser für den Bürgerkrieg genannt. Bei genauerer Betrachtung stellt man allerdings fest, dass nur ein Teil der syrischen Landwirtschaft durch Regen bewässert wird. Ein großer Teil, vor allem kleinerer Landwirtschaften, nutzt zur Bewässerung Grundwasser. Dieses wird mittels Diesel-Pumpen aus Brunnen gewonnen. Der Dieselpreis stieg in Syrien zwischen 2007 und 2009 aufgrund der Kürzung von Subventionierungen auf das Dreifache. Dies bedeutete für viele, vor allem Klein-, Bauern eine Zerstörung der Lebensgrundlage. Von den ländlichen Ursprüngen von Assads Ba'ath

Partei in den 1960er-Jahren bis zur Liberalisierung der Wirtschaft in den frühen 2000ern verlor die ländliche Bevölkerung zunehmend an Macht und Einfluss auf Parlament und Regierung. Das Resultat war ein Verlust der Vertretung der Interessen großer Teile der Landbevölkerung, und damit wachsende Unzufriedenheit dieser.

Konsequenzen für das ÖBH

Für sicherheitspolitische Einrichtungen wie das Österreichische Bundesheer stellt sich auf Basis dieser Erkenntnisse die Frage, wie zielführend ein reiner Fokus auf „den Klimawandel“ ist. Auch wenn Klimawandel aktuell in aller Munde ist und für reißerische Schlagzeilen sorgt, müssen wir im Auge behalten, welche Erklärungsansätze tatsächlich Handlungsmöglichkeiten zur Konfliktbewältigung eröffnen.

Die Autorin, Tinja Zerzer, Fhr, im 2. Jahrgang an der Militäarakademie, Mitglied der OG Wien; der Artikel basiert auf ihrer Masterthesis



Vor 80 Jahren: Der Beginn des Zweiten Weltkriegs

Unter diesem Titel stand am 5. November der gut besuchte Vortragsabend im Militärkasino am Schwarzenbergplatz. Dr. Felix Schneider vom Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie beleuchtete vor allem das Jahr vor dem Kriegsausbruch in Europa.

Von Walter Tancsits, MjrdhmfD aD



Wer dachte, lediglich bekannte historische Tatsachen und militärische Ereignisse neu präsentiert zu bekommen, wurde durchaus überrascht. Der Vortragende zeigte sehr deutlich, dass die historische Forschung nie erschöpft ist und durchaus neue Erkenntnisse auch heute gewonnen werden können. Ausgangspunkt war die neue Ordnung Europas nach den Verträgen von Versailles bzw. der anderen Pariser Vorort-Verträgen. Damit wurden die Probleme, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs geführt hatten nicht gelöst, sondern verstärkt und erweitert.

Revision von „Versailles“

Dieser als ungerecht empfundene Friede hat – und da ist sich die historische Forschung ziemlich einig – nicht unwesentlich zum Aufstieg der Nazis im Deutschen Reich beigetragen. Dies ist wahrschein-

lich auch eine Erklärung, warum die Entente-Mächte und hier vor allem England einer Revision nicht wirklich etwas entgegensetzten. Dass Hitler nicht nur die Revision von „Versailles“ betrieb, sondern eine Art Generalplan „Gewinnung von Lebensraum im Osten“ verfolgte, wurde erst spät zur Kenntnis genommen. So wurde die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Aufkündigung der Rüstungsbeschränkungen genauso akzeptiert, wie die militärische Besitznahme des Saarlandes.

Ab 1938 ging es dann bereits an Gebietserweiterungen. Im März wurde bekanntlich Österreich als selbstständiger Staat aufgelöst und ging im Reich auf. Meiner Meinung nach wird bei der Diskussion in Österreich oft übersehen, dass zwar nach 1918 ein klarer und parteiübergreifender politischer Wille zum Anschluss an Deutschland vorhanden war, aber dies als Bundesstaat in einer demokratisch ge-

prägten Föderation. Nach Hitlers Machtergreifung wurden aber nicht nur Demokratie und Rechtsstaat ausgeschaltet, sondern auch das föderative Prinzip der Weimarer Verfassung gekippt. Trotzdem ließen die Siegermächte Hitler in Bezug auf Österreich gewähren.

Zusätzliche „Rüstkammer“ Tschechien

Dies wurde wohl als Ermunterung verstanden, nicht nur die Sudetengebiete von der Tschechoslowakei zu trennen, sondern diese nach Möglichkeit zu unterwerfen. Hier wurde insofern dazwischengefunkt, als England, Frankreich und Italien mit dem Münchner Abkommen im letzten Augenblick den Frieden sicherten, in dem das Reich alle deutschsprachigen Gebiete zugesprochen bekam. Hitler empfand das trotzdem als Behinderung seiner Kriegspläne und bestärkte seine Ansicht, dass die Westmächte keinen europäischen Krieg riskieren würden. Daher brach er schon ein halbes Jahr später das Münchner Abkommen. Er besetzte am 15. März 1939 die Rest-Tschechei (als Reichsprotektorat), machte die Slowakei zum Vasallenstaat und die Wehrmacht marschierte am 22. März im Memelland ein und trennte dieses von Litauen. Zu beachten ist auch, dass mit der CSR das Deutsche Reich durch die

Skoda-Werke und anderer Technologiebetriebe eine zusätzliche „Rüstkammer“ gewonnen hatte.

Und wiederum reagierten die Sieger von Gestern nur mit diplomatischen Protesten. Intern allerdings, so kann man heute wohl feststellen, setzte hier ein Umdenken ein. Premierminister Chamberlain, dem ja die Appeasementpolitik oft vorgeworfen wird, begann Maßnahmen zu setzen.

Am 13. 4. gaben Großbritannien und Frankreich eine Garantieerklärung für Griechenland und Rumänien ab, am 31. Mai für Polen. Die erstere wurde wohl durch die Besetzung Albaniens durch italienische Truppen ausgelöst; jene für Polen wohl dadurch, dass Hitler nun die Freie Stadt Danzig – ein deutsch-besiedeltes Völkerbund-Territorium – zurückgewinnen wollte und Polen durchaus mit Krieg bedrohte. Dazu kam noch, dass Deutschland und Italien mit dem sogenannten Stahlpakt vom 22. Mai 1939 ihr „Achsenbündnis“ besiegelten.

Chamberlain hatte aber, und das ist durchaus beachtenswert, schon nach dem Münchner Abkommen intern den Auftrag zum Ausbau der Jagdwaffe der RAF gegeben. Zwar verkündet er damals „Peace in our Time“, doch lässt dies erkennen, dass er Hitler nicht voll traute. Englische Militärhistoriker sprechen heute auch davon, dass die „Luftschlacht





um England“ schon 1938 gewonnen wurde, als die Spitfire- und Hurrigan- Produktion startete.

Schwierige Lage für Polen

Polen war ja in einer besonders schwierigen Lage. Denn es hatte - nach mehrmaliger Aufteilung in den vergangenen Jahrhunderten - nach dem Ersten Weltkrieg Gebiete vom Deutschen Reich wie auch von der zerfallenen Habsburgermonarchie und von Russland bekommen. Und schon Anfang der 20er-Jahre versuchte die junge Sowjetunion altes russisches Territorium wiederum zu erobern, was aber scheiterte („Wunder an der Weichsel“). Ebenso war Deutschland nie mit der Korridorlösung nach Ostpreußen und der Lösung für Danzig zufrieden. Wahrscheinlich wäre eine gemäßigte Revision auch möglich gewesen, hätte Hitler nicht mit der Besetzung der „Rest-Tschechei“ und des Memel-Landes seine nicht zu stoppende Aggression gezeigt. Polen war also zwischen den Mühlsteinen Deutschland und Russland. Da kam es zu einem Richtungswechsel in Moskau – der westfreundlichere Außenminister Litwinow wurde entlassen und durch den deutschfreundlicheren Molotow ersetzt. Hitler erkannte seine Chance und bat um einen dringenden Besuch seines Außenministers. Tatsächlich ging es dann Schlag auf Schlag! Am 22. August erklärte Hitler Befehlshabern der Wehrmacht, dass er ein brutales Vorgehen und eine Vernichtung Polens erwartet. Am Tag darauf ist Ribbentrop in Moskau und es kommt zum Hitler-Stalin-Pakt, welcher in einem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Polens und die Zuordnung von Einflussphären beinhaltet. Am 31. August wird dann das Täuschungsmanöver

mit dem Überfall auf den Sender Gleiwitz durchgeführt und Hitler erklärt am 1. September 1939 Polen den Krieg. Das ist aber noch kein Weltkrieg, sondern die Deutschen gehen davon aus, dass der Westen angesichts des Bündnisses mit der Sowjetunion wieder nachgeben wird. Als dann am 3. September England und Frankreich den Krieg erklären, herrscht bei Hitler Ratlosigkeit. „Was nun?“, soll er seinen Außenminister gefragt haben. Noch immer besteht die Hoffnung, durch das rasche Schaffen von Tatsachen, die Auseinandersetzung schnell zu beenden. Die neue – in der Literatur aber seit 1935 bekannte – Operationstechnik des „Blitzkriegs“ zeigt ihre Wirkung. Die Polen mit der fünftgrößten Armee der Welt sind den kombinierten Luftschlägen und Vorstößen mechanisierter Kräfte nicht gewachsen. Noch dazu wo am 17. September der russische Angriff beginnt und mit der vierten Teilung Polens rasch endet.

Diese militärischen Erfolge sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Deutsche Reich eben nur für einen kurzen Feldzug gerüstet war. Hitler wollte zwar den Krieg, aber diesen immer überschaubar halten und vor allem kurz. Mit dem Kriegseintritt von England und Frankreich ist dies fürs Erste nicht gelungen. Die unglaubliche Rückständigkeit der Westmächte in kriegstechnischer und operativer Hinsicht lässt dies allerdings für das Dritte Reich nicht gleich erkennen. Im Gegenteil: Mit der raschen Niederringung Polens und der Besetzung Dänemarks und Norwegens im Frühjahr 1940 schafft sich die Wehrmacht eine gute Ausgangsposition für den Westfeldzug, welcher dann im Frühsommer

mit dem Sieg über Frankreich endet. Die Zeit vom 1. September 1939 bis dahin wurde vom hochgerüsteten Frankreich nämlich keineswegs genutzt. So stehen während des Polenfeldzugs 110 französischen Divisionen nur 23 Divisionen der Wehrmacht – und diese sind nicht die kampfstärksten – im Westen gegenüber. Ein Angriff Frankreichs zur Entlastung Polens hätte wahrscheinlich diesen Krieg rasch beenden können und nicht zum Weltkrieg eskalieren lassen. Frankreich war allerdings nicht angriffsfähig, weil seine Generalität in den Denkmustern des Ersten Weltkriegs dachte und auf eine ungeheuer starke defensive Ausrichtung setzte. Bis zum Beginn des Westfeldzuges war die französische Armeeführung überzeugt, jeden deutschen Angriff abwehren zu können.

Angriff auf Finnland im Einvernehmen mit Hitler

Der Angriff der verbündeten Sowjetunion auf Finnland am 30. November 1939 geschieht durchaus im stillen Einvernehmen mit Deutschland. Finnland wird nämlich im geheimen Zusatzprotokoll zum Molotow-Ribbentrop-Pakt der sowjetischen Einfluss-Sphäre zugezählt. Der beachtliche Abwehrerfolg der Finnen in diesem Winterkrieg führt allerdings auf deutscher (Beobachter-) Seite zu einer krassen Unterschätzung der Roten Armee.

Der Vortrag von Felix Schneider beschäftigte sich, wie im Titel, mit dem Kriegsbeginn in Europa. Trotzdem muss der Blick auch aus der Sicht der Jahre 1939 und 1940 auf die ganze Welt gerichtet werden. Im pazifischen Raum ist seit 1931 die japanische Expansion im Gange. Manche Historiker setzen den Beginn des Weltkriegs mit dem japanischen Angriff auf China im Jahre 1937 an. Bald



Der Sender Gleiwitz

werden auch die englischen und französischen Besitzungen Angriffsziele sein. Und diese kriegerische Expansion Japans führt dann doch zum Kriegseintritt der USA 1941, welche sich zuerst im europäischen Krieg neutral verhalten. Mit den Vereinigten Staaten bekommt aber Jeder die stärkste Wirtschafts- und Industriemacht der Welt zum Gegner. Obwohl – bis auf die Flotte – nur wenig gerüstet, verfügen die USA über ein sehr großes Potential zur Aufrüstung. Etwa 60 Prozent der Rohölförderung und 48 Prozent der Stahlproduktion der Welt. Und so wird jenseits des Atlantiks die Panzerproduktion von 1939 bis 1941 von Null auf 31.000 Stück im Jahr hochgefahren!

Nach einer interessanten Fragerunde kündigte Schneider an, in den kommenden Jahren jedes Kriegsjahr militärhistorisch aufarbeiten zu wollen. Eine Sache die sicher hochinteressant ist. Aber nicht nur für das historische Wissen, sondern vor allem um aus den politischen und militärischen Fehlbeurteilungen der Vergangenheit zu lernen.



Tipps

Peter Frankopan **Licht aus dem Osten**

Peter Frankopan ist Professor für Globalgeschichte an der Universität Oxford und lehrt als Gastdozent in Cambridge, Harvard, Yale und Princetown. Auf Basis seiner historischen Sicht beurteilt er aktuelle politische Vorgänge im Nahen und Mittleren Osten und in ganz Asien. Daher ist er auch ein beehrter Kommentator in internationalen Medien. In dieser „neuen Geschichte der Welt“ führt er den Zeitbogen von den ersten Hochkulturen, der Entstehung der drei monotheistischen Religionen, der ungeheuren wirtschaftlichen Bedeutung Zentralasiens von der Antike bis zur Neuzeit bis in die gegenwärtige Situation. All diese Verknüpfungen werden nicht nur spannend erzählt, sondern begründen neue Beurteilungen; sowohl der Historie, als auch aktueller Entwicklungen. Gerade für uns, die wir eine sehr europäisch geprägte Geschichte gelernt haben, werden durch die Lektüre von Frankopan völlig neue Zugänge und Betrachtungsweisen offengelegt. W.T.



Rowohlt, Berlin 2016, 944 Seiten,
ISBN 978-3871348334, EUR 39,95

Peter Frankopan **Die neuen Seidenstraßen**

Gegenwart und Zukunft unserer Welt

Dieses Buch ist die logische und überaus interessante Fortsetzung der vorangegangenen historischen Analyse „Licht aus dem Osten. Eine neue Geschichte der Welt“, in welcher Frankopan die Entwicklung der Welt auf den asiatischen Raum konzentriert. Nun heute, so der Autor, gehen die ungefähr vier Jahrhunderte als Europa bzw. der „Westen“ das Weltgeschehen bestimmten, wiederum zu Ende. Mit der Präzision und dem Verständnis seiner historischen Untersuchungen stellt Peter Frankopan die Veränderungen in Asien in den letzten Jahrzehnten dar. Wer dachte, mit Ende des „Kalten Krieges“ und dem Sieg des Westens 1990, wäre das Ende der Geschichte gekommen, liest Seite



für Seite vom Gegenteil. Auf den Routen der alten Seidenstraßen – „one Belt, one Road“ ein von China geprägter Symbolbegriff – werden Milliarden in den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg investiert und enorme Mittel für die mit jedem zivilisatorischem Fortschritt verbundenen Verkehrsachsen aufgebracht.

Dass Indien eine asiatische Großmacht ist, wissen wir; ebenso, dass China in Weltmacht-Konkurrenz zu den USA tritt. Aber über die Bedeutung von Pakistan, dem Iran und eigentlich allen asiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sind sich nur Wenige im Klaren. Oder, dass etwa Präsident Erdogan die heutige Türkei als Fortsetzung des Osmanischen Reiches betrachtet.

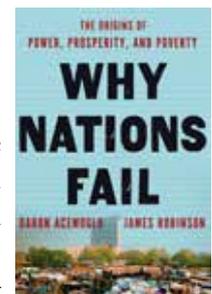
Peter Frankopan zeigt aber auch, wie die Europäer – beschäftigt mit ihren eigenen wahrlich kleinen Problemen – diese Entwicklung der Welt verschlafen! So erklärt er auch die Hinwendung vieler süd- osteuropäischer Länder zu China mit der „Lähmung der EU“. Das Buch ist für jeden politisch über den Gartenzaun Blickenden eine spannende und fundierte Prognose. Die renommierte Frankfurter Rundschau kommentierte es so: „Wer die Welt verstehen will, der muss Frankopan lesen“. W.T.

Rowohlt, Berlin 2019, 352 Seiten,
ISBN 978-3737100014, EUR 22,00

Daron Acemoglu, James A. Robinson

Why Nations fail

Der bereits 2012 erschienene Bestseller der amerikanischen Wissenschaftler Daron Acemoglu und James A. Robinson (der 2013 auch in deutscher Übersetzung veröffentlicht wurde) beschäftigt sich mit den Ursachen für den wirtschaftlichen und politischen Erfolg oder Misserfolg von Staaten. Die Autoren argumentieren dabei, weshalb die bisherigen Erklärungen für die Entstehung von staatlichem Wohlstand und Armut – etwa die geographische Lage, Klima, Kultur bzw. Religion oder die Wirtschaftspolitik – unzureichend oder fehlerhaft seien. Zur Untersuchung tragen dabei Staaten bei, die Gemeinsamkeiten der genannten Faktoren aufweisen, sich jedoch jeweils in eine andere Richtung bezüglich des gesellschaftlichen Reichtums entwickelt haben. Als prägnantes Beispiel wird hierbei Korea angeführt, das vor über 60 Jahren geteilt wurde, und heute keinerlei wirt-



schaftliche Gemeinsamkeiten mehr habe. Aber auch anhand einer Grenzstadt, wie Nogales in den USA und Nogales in Mexiko, wird untersucht, inwieweit sich das institutionelle und wirtschaftliche Umfeld auf Armut und Reichtum der Einwohner unterschiedlich auswirkt, bei gleicher geografischer Lage und annähernd gleicher Kultur der Bewohner. Die zentrale These ist, dass wirtschaftlicher Erfolg in erster Linie von inklusiven, also einbeziehenden, wirtschaftlichen und politischen Institutionen abhängt. Nur ein funktionierender demokratischer und pluralistischer Rechtsstaat sei in der Lage, Ideen und Talente, die in der Bevölkerung gleichmäßig verteilt seien, voll auszuschöpfen. In extraktiven (auslaugenden, ausschließenden) Systemen, Autokratien, hätten hingegen Unternehmer und Bürger kaum Anreize für die zur Wohlstandsschaffung nötigen Investitionen und Innovationen, da die herrschende Klasse die Schöpferische Zerstörung fürchten müsse. B.E.

*Currency; 2012, 544 Seiten,
ISBN 978-0307719218, EUR 20,99*

Georg Vetter
**Eurofighter 2017 -
Die Täuschung der
Republik**

Im Februar 2017 löste das österreichische Verteidigungsministerium mit dem Bericht der „Task Force Eurofighter“ eine Lawine aus. Bei der Staatsanwaltschaft Wien erfolgte eine Strafanzeige gegen Airbus Defence and Space GmbH (vormals EADS Deutschland GmbH) und Eurofighter Jagdflugzeug GmbH. Zweck dieser Strafanzeige ist laut BMLV das Anstoßen von Ermittlungen und die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die genannten Gesellschaften. Weiters beschloss das Parlament, einen zweiten Untersuchungsausschuss zur Prüfung der politischen Verantwortung des Beschaffungsvorgangs sowie der Vertragsänderung 2007 einzusetzen. Georg Vetter, Rechtsanwalt und Milizoffizier, Nationalratsabgeordneter aD und Mitglied des Eurofighter-Untersuchungsausschusses, beleuchtet die Causa Eurofighter aus juristischer, politischer und taktischer Sicht und kommt zu ungewöhnlichen Fragen: Wie substantiell ist die eingebrachte Strafanzeige? Handelt es sich vielmehr um ein Match zwischen dem Verteidigungs-



minister des Jahres 2007 und dem Verteidigungsminister des Jahres 2017? Ist die Auseinandersetzung Österreich/Eurofighter nur ein Nebenschauplatz in einem ganz anderen Zusammenhang? Gab es nicht günstigere Möglichkeiten als einen Untersuchungsausschuss, um die Frage des Landeshauptmanns des Burgenlandes zu beantworten? Fand die wirkliche Täuschung der Republik in Sachen Eurofighter im Jahr 2017 statt? Cui bono? B.E.

*Ibera, 2017, 166 Seiten,
ISBN: 978-3850523677, EUR 17,00*

Gregor Gatscher-Riedl
**Rot-Weiß-Rot
über den
Atlantik**

Österreich ist eine Seemacht gewesen. Bis 1918 hatte der Habsburgerstaat Häfen



an der Adria-Küste. Dass Österreich eine teilweise höchst erfolgreich agierende Kriegsmarine besaß, ist mittlerweile bestens aufgearbeitet – aber es gab auch Schifffahrtslinien im Besitz von Angehörigen der Monarchie, die auf große Amerika-Fahrt gingen. Die Austro-Americana machte ihren Anfang als Frachtschiff-Linie und endete bei den Ozean-Riesen „Kaiser Franz Joseph I.“ und „Martha Washington“, die den betuchten Fahrgästen jeden erdenklichen Luxus in eleganten Quartieren und gediegenen Aufenthaltsräumen und den Zwischendeckspassagieren die übliche Enge boten, wie sie auf allen Schiffen dieser Zeit herrschte.

Der Historiker Gregor Gatscher-Riedl hat sich schon bisher diverser Themen zur Monarchie angenommen, ganz besonders aber der österreichischen Seefahrt. Sein jüngstes Buch beleuchtet die Geschichte der Austro-Americana und ist allein schon wegen des Bildmaterials eine Sensation. Gatscher-Riedl dokumentiert die Schiffe und ihre Ausstattung, er bringt auch Plakate, Inserate und Fotos vom Leben an Bord. Lebendig erzählt er von den Geschicken der Schifffahrtslinie und von den Schicksalen der Schiffe und Menschen. Auch die Österreicher blieben von Schiffskatastrophen nicht verschont. Ein Buch, das Seefahrtsinteressierte sowieso begeistern wird, aber auch für all jene wertvoll ist, die mehr über die Details der k.u.k. Monarchie erfahren wollen. M.T.

Kral Verlag, Berndorf, 2019, 251 Seiten, ISBN 978-3990248249, EUR 29,90

Personalia

Herzlich willkommen! Unsere neuen Mitglieder

MMag. Hannes Bauer, ObstltdIntD
Wernhard Berger, Lt
Bernhard Dohr, Gfr
Julian Galneder, Lt
Alexander Gonzalez-Hernandez, Lt
Kilian Hitzl, Lt
Mathias Kolb, Lt
Maximilian Lehner, Wm (MOA)
Dipl.-Ing. Jan Pilsinger, Lt
Mag. Mathias Schmatzer, Lt
Mag. Georg Tomschizek, Lt
Hannes Werderits, Lt

Wir gratulieren!

85. Geburtstag

Kurt Ramler, Obst iR

80. Geburtstag

Ernst Binder, Obst aD
Karl Cibulka, Obst aD
Dkfm. Ernst Dollack, Obst aD
Dr. Heinrich Kolbabeck, OltA aD
Dipl.-Ing. Erich Krimmel, Olt aD
Dr. Alfred Lugert, Obst dhmfD aD
Dipl.-Ing. Manfred Münzer, GM iR
HR Heinrich Neumayer, Olt aD
Hagen W. Retinger, Bgdr iR
Wolfgang Schwarz, Hptm aD
RegR Friedrich Seidl, OltMilz aD
Wolf-Dietrich Wagner, Obstlt aD

75. Geburtstag

Mag. Helmut Auernig, Mjr aD
Alfred Peter Flesch, Obstlt aD
Dr. Georg Hesz, Rittmeister
Dipl.-Ing. Klaus Kaltschmidt, Lt aD
RegR Helmut Kothbauer, Obstlt aD
Dipl.-Ing. Bernd Neubauer, Olt aD
Dr. Friedrich Pecina, Olt aD
Mag. Hermann Prinz, ObstdIntD aD
Dipl.-Ing. Gerhard Rippar, Olt aD
Prof. Walter Seledec, Bgdr aD
Uwe Strecker, FKpt aD

70. Geburtstag

Dr. Bertrand Buchmann, Hptm aD
Mag. Edmund Entacher, Gen iR
HR Dr. Ernst Gall, Olt aD
Herbert Hedderich, Olt aD
Karl Levinsky
Dr. Robert Stangl, Olt aD
Mag. Wolfgang Weiss, Olt aD
Wolf-Dietrich Wohlfarter, Bgdr aD

65. Geburtstag

Mag. Reinhard Firlinger, Olt aD
Dr. Alois Maresch, ObstltdIntD
HR Mag. Hermann Stockinger, Olt
Dr. Erich Travnicek, Obstlt
Dr. Carl Julius Wagner, Olt
Dieter Winnisch
Dr. Christian Wolny, Hptm

60. Geburtstag

Herbert Laubhann, Olt
Dr. Johannes Leon, Lt
Dipl.-Ing. Andreas Radlegger, Mjr
Dr. Willibald Rosner, Olt dRes
MinR Mag. Martin Senekowitsch, ObstdhmfD
Mag. Christian Smutek, Bgdr
Manfred Sorko
Dr. Harald Weiser, Olt dRes

50. Geburtstag

Dr. Gerald Brettner-Messler, Gfr
Mag. Martin Leopold Eckel, Olt
Ing. Günter Hofer, Kpt
Michael Lechner, Olt
Alexander Moshhammer, Hptm
Mag. Harald Mühlberger, Obstlt

Wir gratulieren unserem OG-Wien-Präsidenten Obst Dr. Udo Birkner zur Wahl zum Präsidenten des Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken!

In die große Armee eingerückt sind:

Dipl.-Ing. Dr. Horst Platzer, Olt
Dipl.-Ing. Herbert Werner, HptmdhmtD



VII. Tag der Wehrpflicht

Umfassende Landesverteidigung

Die umfassende Antwort auf
moderne Bedrohungen



20. Jänner 2020, 17.00 Uhr

Einlass: ab 16.00 Uhr

Haus der Industrie, Großer Festsaal
1030 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Im Anschluss kleines Buffet

Infos: www.wehrhaftes-oesterreich.at Anmeldung bis 7. Jänner 2020 an:
kontakt@wehrhaftes-oesterreich.at



Die Offiziersgesellschaft Wien wünscht
allen Kameradinnen und Kameraden
ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes,
erfolgreiches neues Jahr 2020 im
gemeinsamen Bemühen für ein
friedliches und sicheres Österreich.

Termine

**Dienstag, 17. Dezember 2019,
ab 18.30 Uhr**

Vorweihnachtliche Feier der OG Wien

Offizierskasino Schwarzenbergplatz

Anmeldungen bis 13.12. an: poimer@ogwien.at

**Donnerstag, 16. Jänner 2020,
18.00 bis 20.00 Uhr**

Neujahrsempfang

Ruhmeshalle des Heeresgeschichtlichen Museums

Persönliche Einladung folgt!

Anmeldungen an: sekretariat@ogwien.at

Dienstag, 21. Jänner 2020

Univ.- Prof. DI Dr. Thomas Grechenig:

Digitalisierung am Niveau der Weltspitze ist der Teil
Landesverteidigung: „Wieviel Kunst steckt in der
Künstlichen Intelligenz?“

Thomas Grechenig ist als Unternehmer in der Infor-
mationstechnologie, speziell in der Softwareentwick-
lung für Großunternehmen (z.B. ELGA –Sozialversi-

cherung; Österr.- Ärztekammer) tätig und beschäftigt
sich wissenschaftlich mit zukünftigen Einsatzgebieten
bei der Anwendung der Digitalisierung menschlicher
Lebensbereiche.

Dienstag, 4. Februar 2020

Dr. Kurt Bauer:

„Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen“

Am 12. Februar 1934 kommt es in Linz zu Schießerei-
en zwischen dem Republikanischen Schutzbund
und der Polizei. Die Auseinandersetzungen greifen
rasch auf Wien und andere Regionen Österreichs
über. Ohne ideologische Scheuklappen arbeitet der
Autor die historischen Fakten heraus: Wie war es
zum Aufstand gekommen? Wie verliefen die Kämpfe?
Wer waren die Opfer? Hatte das Dollfuß-Regime
den Aufstand provoziert? Kann man tatsächlich von
einem heldenhaften Kampf der Arbeiter für die De-
mokratie sprechen? Oder war der Februaraufstand
nicht vielmehr ein blutiges Desaster, in das die so-
zialdemokratische Führung sehenden Auges hinein-
stolperte?

Dr. Kurt Bauer ist Zeithistoriker und Buchautor. Zu-
letzt erschienen: „Die dunklen Jahre. Politik und Alltag
im nationalsozialistischen Österreich 1938–1945“.

Freitag, 17. Jänner 2020

Ball der Offiziere

„Alt-Neustädter Ball“

Wiener Hofburg

Karten:

Vereinigung Alt-Neustadt

Schwarzenbergplatz 1

1010 Wien

Telefon: +43 1 7150570

Telefax: +43 1 7121964

E-Mail: info@ballderoffiziere.at

www.ballderoffiziere.at



Dienstag, 18. Februar 2020

Brigadier Mag. Christian Habersatter:

„Der Einsatz des Bundesheeres in Mali“

Zum ersten Mal hat ein Offizier des Österreichischen Bundesheeres das Kommando über die gesamte EUTM-Mission der Europäischen Union in Mali im Juni 2019 übernommen. Brigadier Habersatter folgte dem deutschen Einsatzleiter Peter Mirow. Er ist damit für rund 650 Soldaten aus 56 Nationen verantwortlich. Das Bundesheer selbst beteiligt sich an der Mission mit rund 50 Soldatinnen und Soldaten. Ihre Hauptaufgabe ist die Schulung und das Training der malischen Streitkräfte.

Dienstag, 3. März 2020

Oberstleutnant dG Dr. Markus Reisner:

„Robotic Wars: Legitimatorische Grundlagen und Grenzen des Einsatzes von Military Unmanned Systems in modernen Konfliktszenarien“

Die technologischen Entwicklungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass eine Vielzahl unterschiedlicher militärischer Unmanned Air, Ground und Maritime Systems geschaffen wurden. Deren Fähigkeiten führten zu einer Transformation der modernen Kriegführung. Sie sind im Kampf gegen

asymmetrische Kriegführung und Terrorismus für moderne Militärs die „Waffen erster Wahl“.

ObstltD G. Reisner ist Lebroffizier an der Theresianischen Militärakademie und Autor zahlreicher Bücher.

Dienstag, 17. März 2020

Oberst dIntD Dr. Michael Pesendorfer / Prof.

Dr. Helmut Friedrichsmeier

„Bosnien - Von der Save bis zur Drina - auf Altösterreichs Spuren (1878 -1918)“

Obst Pesendorfer war bis 2019 österreichischer Verteidigungsattaché in Bosnien und Herzegowina. Univ.-Prof. Friedrichsmeier war Geschäftsführer einer großen, international tätigen Unternehmensberaterfirma und lehrt an verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen; Experte im Bereich Fallstudienmethodik

Dienstag, 31. März 2020

Oberst dhmfD aD Dr. Alfred C. Lugert:

„Der Fall Zypern, 1963-2020“

Nach Konflikten zwischen den beiden Volksgruppen auf Zypern kam es 1964 zu blutigen Kämpfen und der Vertreibung und Flucht von mehr als 20.000 türkischen Zyprioten aus ihren Dörfern,



Öffentlicher Notar Mag. Harald STEFAN & Partner Kommandit-Partnerschaft

1010 Wien, Rotenturmstraße 25

Tel.: +43 (1) 533 15 36

Fax: +43 (1) 533 15 36-30

E-Mail: kanzlei@notar-stefan.at



worauf es im März 1964 zum Einsatz der Truppen der Vereinten Nationen kam. 10 Jahre später, am 15. Juli 1974 kam es zum Putsch durch die griechische Militärjunta in Zypern mit Kämpfen gegen die griechisch-zypriotisch geführte Regierung von Erzbischof Makarios und mit dem Ziel eines Anschlusses ganz Zyperns mit Griechenland (ENOSIS). Darauf kam es zur Landung türkischer Truppen bei Kyrenia. Die darauffolgenden Kämpfe auf der Insel forderten tausende Tote und führten zu einer humanitären Krise für 280.000 Inselbewohner. Auch drei österreichische UN-Soldaten fielen im Einsatz für die United Nations Peacekeeping Force in Cyprus (UNFICYP) am 14. August 1974. Die Entwicklung Zyperns nach dem Krieg von 1974, die zahlreichen Versuche zur Wiedervereinigung, das boykottierte UN-Referendum und der EU-Beitritt 2004 bis zur weiteren sicherheitspolitischen Entwicklung bis



2020 werden vom Vortragenden behandelt. Oberst dhmfD aD Dr. Alfred C. Lugert ist Sozialwissenschaftler, mehrfacher Gastprofessor für Politikwissenschaft an der Universität von New Orleans, Louisiana, hat mehrere internationale Einsätze im Dienst des Bundesheeres bei der UN und der EU; wie auch als Regionaldirektor und Militärdiplomat bei der OSZE absolviert. Er ist Autor zahlreicher Beiträge in diversen Publikationen (Truppendienst, Schriftenreihe der LVak etc.)

Dienstag, 21. April 2020

Oberstleutnant d.R. Karl-Heinz Gimmler:

„Erfolg in Gefecht und Krieg – der Faktor „Überraschung in Geschichte und Folgerungen für die aktuelle Lage“ (Teil 2 des Vortrages von Nov. 2018).

Obstlt d.R. Gimmler ist stv. Landesvorsitzender des Reservistenverbandes Rheinland-Pfalz, Fachanwalt für Transport- und Speditionsrecht, Fachanwalt für Steuerrecht sowie Spezialanwalt für Kontraktlogistik

Dienstag, 5. Mai 2020

Hptm Mag. Wolfgang G. Eckel:

„Das Kriegsende im Ausseerland und der Einmarsch der 3. US Armee in Österreich“

Vor 75 Jahren fand der Einmarsch der 3. US Armee (Patton) nach Österreich von Braunau bis zur Enns und die echte Entdeckung des Bergeortes Salzbergwerk Altaussee (und die Geschichte der Rettung davor aus den Quellen) sowie die Jagd auf Kaltenbrunner statt.

Hptm Eckel war als Direktor einer Nationalen Agentur für Erasmus, Comenius usw., der Gesundheitsreform in Niederösterreich sowie der Privatwirtschaft tätig. 2019 Mitwirkung als Historiker bei Imagefilmproduktionen im Referat 6 (Info&ÖA) im Bundesministerium für Landesverteidigung.

Impressum Unser Auftrag - Member of European Military Press Association

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Offiziersgesellschaft Wien, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1, Tel. 01/712 44 67, Fax 01/307 89 09, zu 100 Prozent. **Vorstand:** ObstdIntD MMag. Dr. Udo Egbert Birkner, Obst Dipl.-Päd. Jürgen Frank, Obst Gerhard Skalvy, ObstdG MMag. Philipp Ségur-Cabanac, HptmdIntD Dr. Matthias Schmidl, Olt Mag. Johann Schimatschek, Mjr Mag. Albert Stöger, Hptm Mag. Thomas Axmann, Obstlt a.D. Ing. Friedrich Asenbaum, Olt Dr. Bernhard Egger, Olt Mag. Nikolaus Futter, Mjr Michael Glanzer, Hptm Mag. Rudolf Haas, Olt Dr. Johannes Kunz, ObstdhmfD Mag. Philipp Loske, HptmdhmtD Dr. Markus Swittalek, MjrdhmfD a.D. Mag. Walter Tancsits, Lt Mag. Josef Thelesklaf, Mjr Paul Varga, MSc

Verantwortlicher: Olt Dr. Bernhard Egger; unser.auftrag@ogwien.at

Produktion: MetroCom Marketing/Michael Thomas

Fotos: Cover: Bundesheer/Andy Wenzel; Bundesheer/Carina Karlovits, MilKdo Wien, Lukas Wistl, OG-Wien-Archiv

Druck: Druckwelten **Vertragsnummer:** 02Z03290M **Abonnementpreis:** EUR 12,- p.a.

Dienstag, 2. Juni 2020

Major dhmfD aD Mag. Walter Tancsits:

„45 Jahre Wehrpolitik in Österreich – persönliche Erfahrungen und Schlussfolgerungen“

Walter Tancsits ist 1971 zum EF-Jahr eingerückt und hat während seiner militärischen und politischen Laufbahn die Umgestaltungen des Bundesheeres, die permanenten Reformen und öffentlichen Diskussionen über die österreichische Landesverteidigung hautnah miterlebt. Er war Zeitoffizier, UN-Soldat, von 1999 bis 2006 als Nationalratsabgeordneter Mitglied des Landesverteidigungsausschusses. In politischen Reformgruppen in den 70er-Jahren, als Mitglied des Milizbeirats bis zur Mitwirkung bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht hat er sich in die Wehrpolitik genauso eingebracht wie bei der Redakteursarbeit für die ÖOG und die Wiener OG.

Dienstag, 16. Juni 2020

Major dhmfD Mag. (FH) Dr. Gerd-Alois Hiess, MSc:

„Vom wehrpolitischen Verein zum Partner des ÖBH“

Major Hiess ist der erste Berufsoffizier, der sowohl den Fachhochschul-Diplomstudiengang „Militärische Führung“ an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt, als auch ein Bachelor und Masterstudium der Psychologie an der Sigmund Freud Privatuniversität Wien absolviert hat. Darüber hinaus ist er Absolvent des Doktoratsstudiums der Psychotherapiewissenschaft mit Schwerpunkt auf Sicherheitsforschung und hat langjährige Erfahrung als Führungskraft in leitenden Managementfunktionen des mittleren und höheren Managements.

Beginn der Vorträge der OG-Wien, wenn nicht anders angegeben, jeweils um 19.00 Uhr im Militärkasino, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Klubräumlichkeiten sind ab 18.00 Uhr geöffnet! Gemäß Vorstandsbeschluss herrscht vor und während eines Vortrags striktes Rauchverbot! Die OG-Wien freut sich auf zahlreichen Besuch!

Hinweis: Bei Veranstaltungen der OG Wien können Bildaufnahmen angefertigt werden. Diese dienen der Dokumentation des Vereinslebens und können in der Vereinszeitschrift „Unser Auftrag“ oder auf der Website veröffentlicht werden. Bei Detailaufnahmen wird vorab die Einwilligung der abgebildeten Personen eingeholt. Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.ogwien.at/datenschutz/>.

Industrie braucht Sicherheit.

Austrian Power Grid
www.apg.at

Osterreich
braucht
Strom

APG

Wir sind als unabhängige Gesinnungsgemeinschaft Heimstätte für alle Offiziere. Unsere Vereinigung zeichnet sich durch Kompetenz und konstruktive Kritik aus.

Meinungsbildung wird in der Offiziersgesellschaft Wien durch Transparenz, Diskussion und Erfahrungsaustausch gefördert.

Offizier zu sein, ist für uns Berufung und Markenzeichen.

Wir freuen uns, Sie kennenzulernen!

Offiziersgesellschaft Wien. Die kritische Instanz in Sachen Sicherheit.



Schwarzenbergplatz 1
1010 Wien
Tel.: +43 1 712 44 67
info@ogwien.at
www.ogwien.at